

Bericht

des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses

über die Drucksache

**20/5461: Jugend im Parlament 2012
(Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft)**

Vorsitz: **Gunnar Eisold**

Schriftführung: **Finn-Ole Ritter**

I. Vorbemerkung

Die Drs. 20/5461 wurde am 25. Oktober 2012 wurde auf Antrag aller Fraktionen der Hamburgischen Bürgerschaft federführend an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss sowie mitberatend dem Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration, dem Schulausschuss, dem Verkehrsausschuss, dem Stadtentwicklungsausschuss sowie dem Umweltausschuss überwiesen.

Der Familien-, Kinder- und Jugendausschuss befasste sich in seiner Sitzung am 23. April 2013 abschließend mit der Vorlage. Zu dieser Sitzung waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung „Jugend im Parlament 2012“ als Auskunftspersonen gemäß § 58 Absatz 2 Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft (GO) eingeladen. Von der Gesamtheit der eingeladenen Jugendlichen erschienen sechs Personen und nahmen an der Beratung teil.

Die Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse lagen vor und sind als *Anlagen 1 bis 5* beigefügt.

II. Beratungsinhalt

Die Jugendlichen stellten die Resolutionen als Ergebnis ihrer Beratungen in den jeweiligen Fachausschüssen vor:

- **Schulausschuss:** Vornehmlich sei es um eine Rückführung der Profiloberstufe zu den Leistungskursen, eine Gleichwertigkeit des Abiturs der Stadtteilschule mit dem des Gymnasiums und eine Minimierung der Klassen- und Kursgrößen in den Gymnasien gegangen. Die Beratung im Schulausschuss hätten sie als sehr produktiv erlebt.

Die Jugendlichen führten weiter aus, sie hielten Fachwissen für wichtiger als Kompetenzen und wollten die Abiturprüfungen deshalb wieder insbesondere am Fachwissen orientiert wissen. Aus ihrer Sicht erzeuge zudem der Bildungsföderalismus vor allem Nachteile, so die Ungleichwertigkeit von Abiturprüfungen. Sie plädierten für vergleichbare Abschlüsse aus allen Bundesländern zur Erreichung gleicher Chancen.

- **Integrationsausschuss:** Eine der primären Resolutionen sei die Implementierung eines „multikulturellen Sprachprofils“ in dem Musik- und Theaterunterricht der Schulen gewesen, weiterhin die Entwicklung einer Applikation zum Thema Inklusion in Form einer Karte zur aktuellen Anzeige von Barrieren im städtischen Bewegungsraum.

Die Jugendlichen berichteten, sie wollten das multikulturelle Sprachprofil sowohl auf der politischen Ebene als auch ganz praktisch in Kooperation mit den Schulen umsetzen und hätten dazu bereits verschiedene Aktivitäten gestartet.

Verkehrsausschuss: Die wesentliche Forderung sei die nach günstigeren HVV-Tarifen, insbesondere für die Abiturientinnen und Abiturienten gewesen, die zwischen dem Schulabgang und bis zum Beginn einer Ausbildung keine vergünstigten Tarife wie für Studentinnen und Studenten oder für Auszubildende erhielten und auch keinen Kindertarif mehr in Anspruch nehmen dürften. Deshalb forderten sie, den Kindertarif bis zum 20. Lebensjahr auszuweiten und zur Kompensation dieser Ausweitung den Tarif anzuheben. Sie berichteten, dass die Abgeordneten des Verkehrsausschusses kein Verständnis für ihre Forderung gezeigt, sondern auf den HVV-Tarif des Ferienpasses verwiesen hätten, der aber aus ihrer Sicht für Abiturienten nicht nutzbar sei. Ergänzend hätten sie im Verkehrsausschuss bei der Beratung mit den Abgeordneten vorgeschlagen, die HVV-Schülerkarte nach dem Schulabschluss noch um ein weiteres Jahr zu verlängern, um eine Überbrückung bis zu einer Ausbildung zu gewährleisten.

- **Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration:** Als Hauptthema hätten sie im Ausschuss ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren vorgestellt, mit dem sie insbesondere benachteiligte Personengruppen wie Migrantinnen und Migranten und Frauen bei Bewerbungsverfahren unterstützen wollten. Entwickelt hätten sie eine Bewerbungsplattform auf einer Datenbank, auf der Unternehmen ihre Angebote schalten und auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich anonymisiert bewerben könnten.

Die Abgeordnete der GRÜNEN Fraktion begrüßte zwar die Resolution zum HVV-Tarif, fragte aber nach, warum dafür der Kindertarif angehoben werden solle. Sie machte deutlich, dieser sei bereits teuer genug und solle nicht angehoben werden. Weiterhin sprach sie aus den Resolutionen für den Schulausschuss die Abschaffung des Bildungsföderalismus und die Forderung nach Inhalten statt Kompetenzen in der Abiturprüfung an. Sie wolle dazu von den Jugendlichen gern nähere Erläuterungen hören und begrüßte das fortgesetzte Engagement der Jugendlichen zum multikulturellen Sprachprofil ausdrücklich.

Die Jugendlichen äußerten zum HVV-Tarif, sie bewerteten die Tariflandschaft des HVV als zu unübersichtlich und zu teuer, die Erhöhung des Kindertarifes hätten sie exemplarisch als Finanzierungsmaßnahme für ihre Forderung nach einem insgesamt vergünstigten Tarif für die Jugendlichen zwischen Schule und Ausbildung vorgeschlagen.

Die SPD-Abgeordneten fügten hinzu, den Abgeordneten im Verkehrsausschuss sei nach einer durchaus kontrovers geführten Beratung im Ausschuss zu den HVV-Tarifen deutlich geworden, dass es eine Forderung nach einem übersichtlicheren HVV-Tarifsystem gebe und dass es für die Jugendlichen mit keinem direkten Ausbildungsanschluss nach dem Schulabschluss die CC-Karte gebe. Möglicherweise sei es sinnvoll, die Personengruppe, für die es einen vergünstigten Tarif geben solle, deutlicher zu definieren.

Die Jugendlichen machten klar, sie hätten sich exemplarisch auf die Personengruppe nach einem Schulabschluss konzentriert, da sie selbst die Erfahrungen gemacht hätten, dass bei zum Beispiel sich anschließenden Praktikumsphasen kein günstiger HVV-Tarif mehr greife. Deutlich wollten sie machen, dass sie nicht nur Abiturienten, sondern alle Schülerinnen und Schüler nach einem Abschluss einbeziehen wollen.

Die CDU-Abgeordneten unterstützten die Forderung der Jugendlichen nach einem einheitlichen HVV-Tarif für Schülerinnen und Schüler und Jugendliche ohne Ausbildungsplatz bis zum Alter von 20 Jahren, viele hätten unter den gegebenen Bedingungen Probleme, sofort im Anschluss nach der Schule einen für sie entsprechenden Ausbildungsplatz zu finden. Die Gegenfinanzierung eines günstigen HVV-Tarifs für diese Personengruppe könne nachgängig gelöst werden.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE fragte nach, warum die Vorschläge zur Integration sich vor allem auf die musischen Schulelemente bezögen und ob in diesem Zusammenhang auch weitere Vorschläge für die Schulen erarbeitet worden seien. Zu den Resolutionen im Umweltausschuss wollte er wissen, wie in der frühkindlichen Bildung Umweltbewusstsein konkret integriert werden könne und warum anstatt der Forderung nach einer Zusammenlegung der letzten Jahrgänge von Stadtteilschulen und Gymnasien nicht ein Gesamtkonzept für die Schulen von den Jugendlichen gefordert worden sei.

Die Jugendlichen antworteten, sie hätten das multikulturelle Sprachprofil als Integrationsbeitrag entwickelt, weitere Maßnahmen hätten sie zu diesem Aspekt nicht erarbeitet. Zu der Zusammenlegung der Schulformen Gymnasium und Stadtteilschule wollten sie sich nicht äußern, sondern bei ihrer Forderung nach einem gleichwertig angesehenen Abitur bleiben. Hinweisen wollten sie auf ihre Forderung nach einer Studie, die untersuchen solle, ob die Unternehmen das Abitur an Stadtteilschulen als qualitativ weniger gut einschätzten als das an einem Gymnasium. Sollte sich diese These bestätigen, wollten sie die letzten Jahre dieser beiden Schulformen vor dem Abitur zusammenlegen, um dem entgegenzuwirken.

Die CDU-Abgeordneten äußerten zum multikulturellen Sprachprofil, sie hielten es in Anbetracht einer verkürzten Schulzeit, häufig mangelnder Deutschkenntnisse und einer Schülerschaft unterschiedlicher muttersprachlicher Herkunft für besser, wenn der Musikunterricht und der Unterricht im darstellenden Spiel auf Deutsch abgehalten werde. Dadurch könnten Deutschkenntnisse gefördert und verbessert werden und eventuelle Konkurrenzen innerhalb der Schülerschaft zur gewählten Sprache würden vermieden.

Die SPD-Abgeordneten begrüßten die Idee und den Prozess zur Umsetzung des multikulturellen Sprachprofils, inhaltlich müsse an den Schulen abgewogen werden, wie mit dem Konzept umzugehen sei. Für vorstellbar hielten sie, dass innerhalb eines Schuljahres im Rahmen einer solchen Vorgehensweise unterschiedliche kulturelle und sprachliche Schwerpunkte gesetzt würden und möglicherweise auch fächerübergreifend vorgegangen werden könne.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE ergänzte zur Umsetzung der Idee des multikulturellen Sprachprofils, die bereits vorhandenen Erfahrungen von Vereinen und Organisatoren könnten dafür genutzt werden und aus seiner Sicht gebe es zudem die Möglichkeit, in mehreren Sprachen zu singen oder ein Theaterstück in zwei Sprachen aufzuführen.

Auf den Einwand der SPD-Abgeordneten, dass mit einem anonymisierten Bewerbungsverfahren die Berücksichtigung von Quoten nicht mehr möglich sei, äußerten die Jugendlichen, Unternehmen könnten beispielsweise bei einer Entscheidung für nur weibliche Bewerberinnen dies in der vorgestellten Datenbank als Merkmal für ihre Auswahl setzen. Sie schlugen vor, anstatt einer Frauenquote möglicherweise eine Leistungsquote einzusetzen, und betrachteten dies als eine weitere Option für eine Quote. Andere Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus der Gruppe der Jugendlichen sprachen sich im Gegensatz dazu deutlich für eine Frauenquote oder eine Quote mit Berücksichtigung der zu erziehenden Kinder aus, sodass dieser Punkt unter den Jugendlichen offensichtlich unterschiedlich diskutiert wurde.

Der FDP-Abgeordnete erklärte, er habe großen Respekt gegenüber den Resolutionen und Forderungen der Jugendlichen, und begrüßte, dass die Jugendlichen eine Quote bei den Bewerbungsverfahren ablehnten, denn aus seiner Sicht sollten die Bedingungen für weibliche Bewerberinnen wie die für die Kinderbetreuung verbessert werden, anstatt die Schwierigkeiten über eine Quote regeln zu wollen. Er sprach sich für eine Vereinfachung der HVV-Tarifstrukturen aus und dafür, dass für Jugendliche nach der

Schule für die Übergangszeit bis zu einer Ausbildung ein angemessener Tarif greifen solle. Ein zentrales Abitur dürfe nur sukzessive eingeführt werden, um die Leistungsunterschiede zwischen den Bundesländern zunächst auszugleichen; ebenso halte er die Diskussion über die Abschaffung des Bildungsföderalismus für wertvoll und sinnvoll, aber deren Ergebnis für offen.

Die Jugendlichen fragten nach, ob es nicht sinnvoll sei zu überlegen, die HVV-Tarife insgesamt zu senken und zu vereinfachen, um für die Personengruppe nach einem Schulabschluss eine praktikable Preisstruktur zu schaffen.

Die SPD-Abgeordneten wandten ein, die gesamte Tarifstruktur des HVV könne an dieser Stelle nicht dargelegt und diskutiert werden, sie wollten jedoch diese erneut dahin gehend prüfen, inwieweit die angesprochene Personengruppe der Schulabgänger bereits abgedeckt werde. Höhere Zuschüsse für den HVV seien aus ihrer Sicht mittelfristig schwer finanzierbar.

Der FDP-Abgeordnete kritisierte, dass für das Busbeschleunigungskonzept 250 Millionen Euro veranschlagt worden seien, obwohl dieses Konzept in seiner Wirksamkeit strittig sei. Alternativ hätten diese Mittel in die HVV-Tarifstruktur investiert werden können.

Die CDU-Abgeordneten zollten den Jugendlichen und ihren dargestellten Resolutionen ebenfalls ihren Respekt und wollten wissen, welche Erfahrungen die Jugendlichen aus dem Prozess ihrer Teilnahme an der Veranstaltung „Jugend im Parlament“ gewonnen hätten und ob es dahin gehende Verbesserungsvorschläge gebe.

Die Jugendlichen stellen dar, sie hätten durch ihre Teilnahme die parlamentarischen Abläufe und politischen Vorgänge genau kennengelernt und seien motivierter, sich weiter zu engagieren. Kritisch merkten einige von ihnen an, innerhalb ihrer Ausschüsse sei das Arbeitsverhalten mancher Jugendlicher sehr schlecht gewesen und habe den Prozess behindert. Andererseits habe es auch sehr positiv und kooperativ verlaufende Arbeitsprozesse gegeben.

Die Abgeordnete der GRÜNEN Fraktion stellte fest, sie begrüßte die Forderung aus dem Stadtentwicklungsausschuss, die soziale Durchmischung in den Stadtteilen stärker zu verfolgen, und ermunterte die Jugendlichen erneut, ihre Forderung nach einem HVV-Übergangstarif bis zu einem Ausbildungsplatz weiterzuverfolgen. Sie wollte wissen, wie die Jugendlichen die G8- und G9-Schullaufbahnen bis zum Abitur bewerteten.

Die Jugendlichen stellten fest, das jetzige Schulsystem mit der G8- oder G9-Schullaufbahn könne beibehalten werden. Sie wollten aber die Vorbereitung auf die Studienstufe der Klasse 11 und 12 dahin gehend ausweiten, dass diese unbedingt im zweiten Halbjahr der zehnten Klasse beginnen müsse. Dies sei bisher leider nicht im ausreichenden Maße der Fall.

Der Ausschussvorsitzende dankte abschließend allen Jugendlichen für ihre konstruktive und wertvolle Mitarbeit und ihre Teilnahme.

III. Ausschussempfehlung

Der Familien-, Kinder- und Jugendausschuss bittet die Bürgerschaft, von den Beratungen zu der Drs. 20/5461 Kenntnis zu nehmen.

Finn-Ole Ritter, Berichterstattung

Stellungnahme

des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration

an den

federführenden Familien-, Kinder- und Jugendausschuss

über die Drucksache

**20/5461: Jugend im Parlament 2012
(Unterrichtung durch die Präsidentin)**

Vorsitz: **Katharina Fegebank**

Schriftführung: **Ksenija Bekeris**

I. Vorbemerkung

Die Bürgerschaft hat in ihrer Sitzung am 25. Oktober 2012 die Drs. 20/5461 auf Empfehlung aller Fraktionen federführend dem Familien-, Kinder- und Jugendausschuss sowie mitberatend dem Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration nebst weiteren Fachausschüssen überwiesen. Der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration befasste sich in seiner Sitzung am 17. Januar 2013 mit der Vorlage.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung „Jugend im Parlament 2012“, die im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration dieser Veranstaltung mitgewirkt hatten, waren zu dieser Sitzung eingeladen.

II. Beratungsinhalt

Die Jugendlichen stellten die Ergebnisse der Beratungen des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration von Jugend im Parlament 2012 (JIP) vor.

Die Vorsitzende dankte den Jugendlichen für ihre Ausführungen. Sie sei insbesondere beeindruckt von der Kreativität, der Realitätsnähe und dem Konkretisierungsgrad der Vorschläge. Sie rief die Jugendlichen dazu auf, weiterhin in dieser Sache aktiv zu sein.

Die Abgeordneten aller Fraktionen sprachen den Jugendlichen Dank und Anerkennung für ihr Engagement im Rahmen von JIP aus.

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE sprachen sich für eine stärkere Beteiligung von Jugendlichen an der Politik aus. Die Resolutionen enthielten zwar viele gute Anregungen, seien aber für die Bürgerschaft unverbindlich. Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE appellierten an die Jugendlichen, sich im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten weiterhin zu engagieren. Sie wiesen auf die Drucksache zur Senkung des Wahlalters hin.

Die CDU-Abgeordneten fragten die Jugendlichen, welche Erfahrungen sie aus JIP mitnähmen.

Die Jugendlichen antworteten, sie hätten viel über Politik gelernt. Ihnen sei deutlich geworden, wie die Bürgerschaft arbeite, warum die Beratungen so viel Zeit in Anspruch nähmen und auf welche Weise Informationen gewonnen werden könnten. Es sei sehr interessant gewesen, mit vielen Expertinnen und Experten aus verschiedenen Parteien zu sprechen und zu erleben, wie diese auf ihre Ziele hinarbeiteten. Ihr Interesse an Politik sei gestärkt worden. Ein Jugendlicher kündigte an, sich künftig politisch zu engagieren.

Die SPD-Abgeordneten appellierten an die Jugendlichen, sich weiterhin in die Politik einzubringen.

Anonymisierte Online-Bewerbungsplattform

Die Jugendlichen wiesen darauf hin, dass sich der Schulausschuss von JIP mit diesem Thema befasst habe. Daher könnten sie sich dazu nur eingeschränkt äußern.

Die Abgeordneten der GRÜNEN berichteten, sie hätten einen Antrag zu anonymisierten Bewerbungsverfahren gestellt, der von der SPD-Fraktion abgelehnt worden sei mit der Begründung, dass es in Hamburg keine externen Ausschreibungen gebe. Es wäre hilfreich, die Wirtschaft einzubinden, wie es auch die Jugendlichen in ihrer Resolution anregten. Ein solches Verfahren biete auch für die Stadt eine Chance, in Sachen Interkulturalität weiterzuarbeiten.

Die FDP-Abgeordneten sprachen die Erfahrungen aus dem Pilotprojekt an. Es sei wichtig, die Arbeitgeber an ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren heranzuführen und Menschen mit Migrationshintergrund als Leistungsträger anzuerkennen. Die FDP-Abgeordneten vertraten die Auffassung, es solle dem Arbeitgeber vorbehalten bleiben, ob er sich für ein anonymisiertes Verfahren entscheide.

Die SPD-Abgeordneten betonten, die SPD-Fraktion habe den Antrag nicht abgelehnt. Im Unterausschuss Personalwirtschaft und Öffentlicher Dienst habe die GRÜNE Fraktion für eine Vertagung gesorgt, sodass es nicht zu einer Abstimmung gekommen sei. Die SPD-Abgeordneten strichen heraus, Hamburg habe im Vergleich der Großstädte in der Bundesrepublik hinsichtlich der interkulturellen Öffnung in der Verwaltung eine Vorbildrolle. Dies habe auch der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration bestätigt. Die SPD-Abgeordneten meinten, anonymisierte Bewerbungsverfahren seien eine Möglichkeit, den Prozess der Öffnung voranzubringen.

Inklusion

Die SPD-Abgeordneten teilten mit, die Bürgerschaft werde sich auf ihrer nächsten Sitzung mit dem Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen befassen, der unter anderem eine der Forderungen des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration von JIP behandle. Der Landesaktionsplan werde die Bürgerschaft und ihre Ausschüsse über eine lange Zeit beschäftigen. Der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration werde sich in diesem Rahmen auch mit dem Vorschlag der Jugendlichen auseinandersetzen. Am Landesaktionsplan hätten unterschiedliche Akteure, zu denen die Verbände der Menschen mit Behinderungen, der Senat sowie Menschen mit Behinderungen gehörten, geraume Zeit gearbeitet mit der Fragestellung, wie Inklusion in Hamburg umgesetzt werden könne. Dabei seien viele Bereiche angesprochen worden, die das Leben der Menschen, insbesondere das von Menschen mit Behinderungen, bestimmten. Der Landesaktionsplan, der als Leitfaden beziehungsweise Arbeitspapier zu verstehen sei, könne im Internet eingesehen werden.

Die CDU-Abgeordneten bewerteten den Vorschlag, eine App zu entwickeln, positiv. Es sei zu bedenken, dass nicht nur die Informationen zusammengefasst, sondern auch alle Materialien barrierefrei zur Verfügung gestellt werden sollten. Die Idee, die App von Schulen entwickeln zu lassen, sei zwar gut, aber möglicherweise sei es realistischer, die Programmierung in Zusammenarbeit mit Hochschulen zu entwickeln.

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE vertraten die Auffassung, eine App, die Informationen über den aktuellen Zustand von Wegen und Baustellen biete, sei für viele Menschen nützlich, beispielsweise für Eltern, die mit einem Kinderwagen unterwegs seien. Sie hätten den Vorschlag so verstanden, dass nicht die Programmierung, sondern die Konzeption und die Erschließung der Informationen durch die Schulen

geleistet werden sollten. Kosten seien auf diese Weise nicht einzusparen, denn auch Schulprojekte bedürften einer Betreuung durch externe Kräfte. Inklusion dürfe und müsse Geld kosten, damit sie funktioniere.

Die FDP-Abgeordneten wiesen auf die Schriftliche Kleine Anfrage aus der Drs. 20/4771 „Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen an den Hamburger Institutionen“ hin. Interessant an der Antwort des Senats sei unter anderem, dass nicht einmal 20 Prozent der Schulen barrierefrei seien. Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland habe mitgeteilt, dass der „Verein zur Förderung Barrierefreies Hamburg e.V.“ einen Stadtführer erstelle, der Ende des Jahres 2012 erscheinen solle. Die FDP-Abgeordneten regten an, dass die von den Jugendlichen vorgeschlagene App sich auf einen Stadtführer beziehen könne. Die Idee, die App im Rahmen eines Wettbewerbs zu entwickeln, habe viel Charme.

Multikulturelles Sprachprofil

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE lenkten die Aufmerksamkeit auf die Drs. 20/5830 „1. Vertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, dem DITIB-Landesverband Hamburg, SCHURA – Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg und dem Verband der Islamischen Kulturzentren 2. Vertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Alevitischen Gemeinde Deutschland e.V. 3. Viertes Gesetz zur Änderung des Feiertagsgesetzes“, die aktuell im Verfassungs- und Bezirksausschuss behandelt werde. Dort sei auch eine Veränderung des Religionsunterrichts in Hamburg vorgesehen mit dem Ziel, eine größere Anzahl von Religionen zu berücksichtigen. Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE bewerteten die Absicht positiv.

Die Jugendlichen vertraten die Auffassung, im Hinblick auf eine Veränderung des Religionsunterrichts sei auch das multikulturelle Sprachprofil interessant.

Die Abgeordneten der GRÜNEN lobten die Idee des multikulturellen Sprachprofils. Hamburg sei zwar interkulturell, es gebe aber viele Parallelstrukturen. Es entstünden kaum Begegnungen. Darum wäre es wünschenswert, wenn in den Schulen interkulturelle Begegnungen initiiert würden. Seit 1997 gebe es religionsübergreifenden Unterricht in Hamburg. Dies sei zu begrüßen. Durch die Staatsverträge werde dieser Gedanke umgesetzt und der Unterricht durch die Ausbildung der Lehrkräfte an Universitäten professionalisiert. An der Universität Hamburg existiere der interreligiöse Dialog, an dem seit Jahren Fortschritte gemacht würden.

Die Jugendlichen nahmen Bezug auf die Ausführungen zu Parallelstrukturen. Sie berichteten von eigenen Erfahrungen. Beispielsweise könne durch ein Konzert Gelegenheit zu Begegnungen geschaffen werden. Es sei gut, bereits in den Schulen anzusetzen und einen Dialog anzuregen.

Die SPD-Abgeordneten erklärten, zweifelsfrei seien Interkulturalität und Interreligiosität Realität in der internationalen Stadtgesellschaft in Hamburg. Die Frage sei, wie diese Gesellschaft strukturell und prozessorientiert zukunftsorientiert gestaltet werden könne. Die SPD-Fraktion habe einen Antrag eingebracht mit dem Ziel, zu einem neuen Integrationskonzept zu kommen. Interkulturelle Öffnung werde dort als Strategie des neuen Konzepts herausgestellt. Die Idee der Jugendlichen liege auf der gleichen Linie. Die SPD-Abgeordneten äußerten die Hoffnung, dass der bereits erwähnte Antrag aus der Drs. 20/5830 in der Bürgerschaft eine Mehrheit finden werde. Der in den Verträgen vorgesehene gemeinsame Religionsunterricht könne zu einem Abbau von Vorbehalten und einer verbesserten Information der Kinder beitragen. Die SPD-Abgeordneten stellten fest, dass die Integration im Sport und im künstlerischen Bereich deutlich besser gelinge als auf der Straße oder in der Politik.

Die CDU-Abgeordneten meinten, es sei angemessen, das Thema Integration in der Schule zu behandeln. Denn gerade bei jungen Menschen stelle sich häufig die Frage der eigenen kulturellen Identität. Die Idee des multikulturellen Sprachprofils sei interessant. An der Nelson-Mandela-Schule gebe es beispielsweise ein Oberstufenprofil, das die türkische Sprache beinhalte, sich aber auch mit der kulturellen Identität befasse. Die CDU-Abgeordneten fragten, ob der Vorschlag der Jugendlichen so zu verstehen sei, dass solche Profile an mehr Schulen eingeführt, oder ob an allen Schulen in den künstlerischen Fächern verschiedene Kulturen behandelt werden sollten. Dies sei

in der Regel ohnehin der Fall, weil die Schulen sich im Unterricht nicht auf deutsche Künstler beschränkten.

Die Jugendlichen antworteten, ihre Idee sei es gewesen, den multikulturellen Sprachunterricht in die musischen Fächer zu integrieren, nicht aber ein zusätzliches Sprachprofil einzuführen. Die bestehenden Schwerpunkte der einzelnen Schulen sollten nicht verändert werden. Sie berichteten aus ihrem Unterricht. Es sei wünschenswert, wenn Schülerinnen und Schüler vermehrt dazu angeregt würden, Texte in anderen Sprachen als Deutsch oder Englisch zu lesen, zu singen oder zu spielen. Die Jugendlichen regten an, eine entsprechende Richtlinie für den Unterricht zu entwickeln. Ziel sei es, den Zugang der Schülerinnen und Schüler zu Menschen aus anderen Kulturen zu verbessern und Abwechslung in den Unterricht zu bringen.

III. Ausschussempfehlung

Der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration empfiehlt dem federführenden Familien-, Kinder- und Jugendausschuss, der Bürgerschaft die Kenntnisnahme der Drs. 20/5461 zu empfehlen.

Ksenija Bekeris, Berichterstattung

Stellungnahme

des Schulausschusses

an den

federführenden Familien-, Kinder- und Jugendausschuss

über die Drucksache

**20/5461: Jugend im Parlament 2012
(Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft)**

Vorsitz: **Dr. Walter Scheuerl**

Schriftführung: **Lars Holster**

I. Vorbemerkung

Die Drs. 20/5461 war am 25. Oktober 2012 auf Antrag aller Fraktionen durch Beschluss der Bürgerschaft federführend an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss und mitberatend an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration, den Schulausschuss, den Stadtentwicklungsausschuss, den Umweltausschuss und den Verkehrsausschuss überwiesen worden. Der Schulausschuss befasste sich in seiner Sitzung am 20. Dezember 2012 abschließend mit der Drucksache. Zu dieser Sitzung waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung „Jugend im Parlament 2012“ – Schulausschuss – gemäß § 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft eingeladen.

II. Beratungsinhalt

Die Jugendlichen stellten ihre einzelnen Resolutionspunkte vor, die der Anlage zur Drs. 20/5461 unter der Überschrift „Resolution des Schulausschusses“ zu entnehmen sind.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter äußerten sich positiv zu den engagierten Vorschlägen der Jugendlichen und führten zu den einzelnen Punkten aus:

Leistungskurse statt Profiloberstufe

Mit der Einführung der Profiloberstufe seien die Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch gestärkt und auf ein Leistungskursniveau gehoben worden. Als weiterer Aspekt der Profiloberstufe sollten Fächer interdisziplinär und nicht vereinzelt unterrichtet werden, allerdings mit dem Nachteil geringerer Auswahlmöglichkeiten für die Oberstufe. Da für den regulären Betrieb der Profiloberstufe eine jahrelange Einführungszeit notwendig sei, würden sie sich allerdings gegen eine bereits jetzt wieder stattfindende Abschaffung dieses Oberstufenmodells aussprechen, auch um die erneut damit verbundenen schwierigen Konsequenzen einer Umstellung zu vermeiden. Diese Erwägung erfolge also vornehmlich aus praktischen Gründen und spiegle nicht unbedingt die Vorteile der Oberstufenprofile wider.

Die Jugendlichen stellten klar, sie befürworteten die Profiloberstufe generell, sähen diese durch das Zentralabitur allerdings eingeschränkt. Deshalb hätten sie für Leistungskurse in den Bereichen Naturwissenschaften, Sprachen und Deutsch plädiert und würden den Sinn einer Profiloberstufe mit einem Zentralabitur nicht mehr erkennen.

Verpflichtende Tutandengruppen in den Oberstufen

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter führten aus, dass Tutandengruppen verpflichtend an den Oberstufen eingeführt seien, sollte es einzelne Schulen ohne diese Organisationsform geben, wollte die Behörde für Schule und Berufsbildung dazu eine Meldung erhalten. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter betonten explizit, dass diese Form der Oberstufenbetreuung von der Behörde finanziert werde.

Gleichwertiges Abitur an Stadtteilschulen und Gymnasien

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erklärten, dass das Abitur an Stadtteilschulen und Gymnasien gleichwertig ist. Durch die Einführung des Zentralabiturs werde diese Gleichwertigkeit verstärkt, auch weil dadurch der vor dem Abitur laufende Unterricht stärker in den beiden Schulformen angeglichen werde. In der Öffentlichkeit dürfe keinesfalls ein Eindruck eines zweitklassigen Abiturabschlusses an den Stadtteilschulen entstehen. Aus diesem Grund sei eine Studie zu diesem Thema wenig sinnvoll, denn sie würde eher die Vorurteile von Befragten widerspiegeln.

Die Jugendlichen ergänzten zu der geforderten Studie zur Gleichwertigkeit der Abiturprüfungen an Gymnasien und Stadtteilschulen, damit wollten sie keine Befragung von Arbeitgebern, sondern eine Betrachtung der Auszubildenden und dualen Studenten anregen, um zu erfassen, wo diese Personen ihre Abiturprüfung abgelegt hätten. Von den Ergebnissen erwarteten sie, dass bei einer Ungleichbewertung der Abiturabschlüsse Handlungskonsequenzen erfolgten, indem die Oberstufen von Stadtteilschulen und Gymnasien zusammengelegt würden.

Inhalte statt Kompetenzen

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter betonten, dass Kompetenzen immer Inhalte umfassen. Selbstverständlich müssten inhaltliche Kenntnisstände unabdingbar aufgebaut werden, um davon ausgehend mit dem Wissen vernünftig umgehen zu können. Allerdings existierten punktuell Vorurteile oder falsche Aussagen zu dem Konzept von Kompetenzbildung, die dahin gehend lauteten, dass Kompetenz Wissen ersetzen könne. Kompetenz ohne Inhalte oder Wissen sei aber keine Kompetenz, deswegen werde Fachwissen ebenfalls explizit eingefordert. Sollten an den Schulen Fächer so unterrichtet werden, dass dort kein Wissen vermittelt werde, wollten sie für diese Fächer die Bildungspläne dahin gehend umgestalten, dass sich dies ändere. Eventuell müssten die Lehrerinnen und Lehrer durch Fortbildungen nachgeschult werden.

Neues Bewertungsverfahren für Abiturprüfungen

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erläuterten, dass das in Hamburg existierende Verfahren zur Bewertung von Abiturprüfungen dem der anderen Bundesländer entspreche. Den Nachteil bei einem fremden Erstkorrektor sähen sie in der Tatsache, dass externe Korrektoren sich erfahrungsgemäß aufgrund ihrer Distanz zum Thema bei den Zensuren häufig auf die Note „Befriedigend“ festlegten und der Notenspielraum in geringerem Umfang ausgenutzt werde.

Die Jugendlichen äußerten ergänzend zu ihrer Forderung, einen externen Erstkorrektor für Abiturprüfungen einzusetzen, sie gäben der Fairness den Vorzug vor einem erweiterten Notenspielraum.

10 ½ durchsetzen!

Die Jugendlichen sind der Auffassung, dass die Klasse 10 am Gymnasium dringend als Brücke zur Oberstufe gestärkt werden müsse, sodass eine Vorbereitung auf die Oberstufe stattfinde. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter bestätigten dieses Anliegen vollumfänglich und wollten sich dem annehmen.

Abitur zentralisiert organisieren/Vergleichsarbeiten zur Qualitätssicherung

Nach Ansicht der Senatsvertreterinnen und -vertreter werde die Entwicklung dahin gehen, dass das Abitur mehr und mehr zentralisiert werde, allerdings seien damit Konsequenzen verbunden: Da die Anforderungen an einen Abiturabschluss in den Bundesländern unterschiedlich seien, würde eine schnelle Zentralisierung dazu führen, dass eine bestimmte Menge von Schülerinnen und Schülern das Abitur nicht bestehen würde. Deshalb müsse ein bundesweit zentrales Abitur Schritt für Schritt eingeführt werden, so würden zunächst Teile von Prüfungsaufgaben zentralisiert. Dazu gehörten auch Maßnahmen zur Qualitätssicherung und deswegen würden an den Hamburger Schulen vorab Testverfahren durchgeführt: die schriftlichen Lerntests in den Klassen 2, 3, 5, 7, 8, 9 und gemeinsame Prüfungen am Gymnasium in den Fächern Deutsch und Englisch in Klasse 10. Anhand dieser Prüfung in Klasse 10 könnten die Schülerinnen und Schüler überprüfen, wie ihr Kenntnisstand für die Oberstufe sei.

Veränderung der Klassen- und Kursgrößen

Im Moment liege der Maximalwert an Gymnasien in Klasse 5 bei 28 Schülerinnen und Schülern, tatsächlich seien es 26,9. Der Sollwert ab Klasse 7 liege bei 26, tatsächlich seien es 25,7. Bei der Stadtteilschule liege der Sollwert bei 23 Schülerinnen und Schülern in Klasse 5 und 25 ab Klasse 7. Da die Lehrerstundenzahl von der Schülerzahl einer Schule abhängig sei, bekämen die Schulen ausreichend viele Lehrer, um die Sollklassenstärken einzuhalten. Allerdings versuchten die Schulen in Einzelfällen, Lehrer durch größere Klassengrößen freizustellen, um diese freien Lehrer für weniger besuchte Kurse oder Stunden wie Griechisch in der Oberstufe einzusetzen. Diese Flexibilität werde von den Schulen teilweise zu stark ausgenutzt, sodass dann zu große Klassen existierten.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE bedankte sich bei den anwesenden Jugendlichen für deren Engagement. Sie bestätigte die Ausführungen der Senatsvertreterinnen und -vertreter zum Thema Kompetenz und Inhalt wie auch deren Aussage, die Profiloberstufe beizubehalten, um nicht erneut Änderungen in der Oberstufe herbeizuführen. Die Forderung nach einem weiterhin bestehenden Zweitkorrektor für die Abiturprüfungen bekräftigte sie, da sie bestätigen könne, dass eine zweite Korrektur objektiver ausfalle. Ein Zentralabitur halte sie für unrealistisch, da es im Gegensatz zu den angelsächsischen Ländern keine zentralen Ferien gebe und die Niveauunterschiede in den einzelnen Fächern der Bundesländer zu groß seien. Sie befürchtete mit Einführung eines Zentralabiturs eine Nivellierung des Abiturniveaus nach unten und, dass mit der Vorbereitungszeit für ein solches Abitur zu viel Unterrichtszeit verloren ginge, die pädagogisch und didaktisch besser genutzt werden könne. Die Befragung von Unternehmen zum Abitur an Gymnasien und Stadtteilschulen fände sie interessant, hinterfragte allerdings kritisch, wie mit den Umfrageergebnissen umzugehen sei. Sollten in der Industrie, Wirtschaft und Verwaltung die Aussagen überwiegen, dass das gymnasiale Abitur hochwertiger sei, bleibe der daraufhin zu erfolgende Regelungsbedarf offen. Insgesamt bewertete sie die Themenauswahl der Jugendlichen als zu oberstufen- und abiturlastig, andererseits komme ein Hochschulzugang mit einer Berufsausbildung gar nicht vor. Den Grund dafür sähe sie in der Zusammensetzung der Jugendlichen für die Veranstaltung „Jugend im Parlament 2012“, die zu über 50 Prozent aus Gymnasiasten bestünden. Deshalb regte sie für die nächste Veranstaltung an, vermehrt auf eine ausgewogene Zusammensetzung der Teilnehmerschaft zu achten.

Die Jugendlichen entgegneten, in diesem Jahr hätten sich wenige Teilnehmerinnen und Teilnehmer für „Jugend im Parlament“ beworben, sodass die Organisatoren alle Bewerbungen berücksichtigt hätten, um die Veranstaltung zu füllen.

Der Ausschussvorsitzende plädierte dafür, zukünftig die Veranstaltung „Jugend im Parlament“ stärker zu bewerben, um eine ausgewogenere Zusammensetzung der Jugendlichen aus Hamburg zu erreichen. Die SPD-Abgeordneten ergänzten bestätigend, die Werbemaßnahmen sollten verstärkt in dem Bereich der Stadtteilschulen und bei der Berufsbildung eingesetzt werden.

Die CDU-Abgeordneten bedankten sich ebenfalls bei den Jugendlichen und für die von ihnen erarbeiteten Anregungen. Sie betonten, die Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen sei auch für sie ein wichtiges Anliegen und sie sähen in dieser Hinsicht den Bildungsföderalismus ebenfalls kritisch. Auch sie wollten aber die Profiloberstufe weiterhin erhalten, um dem Konzept eine längere Implementierungs- und Erfahrungsdauer zu geben. Das Thema Kompetenzen und Inhalte sollte genauer analysiert werden, eine in der momentanen Praxis der Schulen betriebene reine Kompetenzorientierung hielten sie für falsch. Deshalb unterstützten sie die Forderung der Jugendlichen in diesem Punkt ausdrücklich. Bezüglich des Abiturabschlusses an der Stadtteilschule plädierten sie ebenfalls für eine längere Erfahrungsdauer, um dieser Schulform Zeit zu geben, das Abitur attraktiv zu gestalten. Ob eine Studie zu diesem Themenkreis zurzeit sinnvoll sei, bezweifelten sie ebenfalls, da sie nicht erkennen könnten, welche Konsequenzen aus den Studienergebnissen erfolgen sollten.

Die CDU-Abgeordneten sprachen die Ergebnisse der letzten LAU- und KESS-12-Studien an, die ergäben, dass die mit der LAU-Studie getesteten Gesamtschüler in der Oberstufe im Vergleich zu den Gymnasiasten in der elften Klasse Lernunterschiede von einem bis anderthalb Jahren hätten. Auch bei der PISA Studie sei für Hamburg herausgekommen, dass die 15-jährigen Gesamtschüler in ihrem Leistungsvermögen sogar unter dem der Realschüler gelegen hätten. Eine gemeinsame Oberstufe müsste also sicherstellen, dass die Stadtteilschüler bis zum Beginn der Oberstufe wirklich einen gleichen Lernstand mit den Gymnasiasten hätten. Die Themen des Zentralabiturs für die kommende Abiturprüfung ständen bereits online im Internet, sodass alle Lehrer und Schülerinnen und Schüler sich auf die Themen vorbereiten könnten. Unter dieser Voraussetzung könne wie von der Behörde geplant ein einziger Erstkorrektor ausreichend sein, der die anonymisierten Prüfungsergebnisse korrigiere.

Die FDP-Abgeordnete äußerte ebenfalls ihren Dank an die Jugendlichen und lobte deren Engagement. Zur Profiloberstufe stimmte sie der Meinung der anderen Abgeordneten zu, dass diese nicht vorschnell abgeschafft werden dürfe. Zur Kompetenzorientierung des Unterrichts äußerte sie kritisch, aus ihrer Sicht kämen dabei die Inhalte zu kurz, und deshalb wollte sie sich dafür engagieren, dass es in dieser Hinsicht eine Kurskorrektur gebe. Sie fragte zu der Vorbereitungszeit im zweiten Halbjahr der zehnten Klasse, welche Kompetenzen und Inhalte die Jugendlichen dort erwarteten. Das bundesweite Zentralabitur sollte – analog zu der Meinung der Senatsvertreterinnen und -vertreter – erst nach und nach eingeführt werden, denn die Leistungsunterschiede in den Bundesländern seien noch zu groß. Die Abschaffung des Bildungsföderalismus befürwortete sie, dies könne aber nur im Bund entschieden werden. Allerdings sollte sich Hamburg ihrer Meinung nach dafür verstärkt einsetzen.

Die Jugendlichen antworteten zur Vorbereitung auf die Oberstufe in der zehnten Klasse, bei einem Ganztagesschulbesuch müssten bis zur Oberstufe keine Hausaufgaben erledigt werden, mit dem Wechsel in die Oberstufe verändere sich die Anforderungssituation an die Schülerinnen und Schüler allerdings komplett und sie seien darauf nicht vorbereitet gewesen. Möglicherweise sei es sinnvoll, das in der Oberstufe geltende Punktesystem bereits in der zehnten Klasse einzuführen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter äußerten zu einer gemeinsamen Oberstufe von Stadtteilschulen und Gymnasien, positiv daran sei eine Erhöhung der Profilangebote, und sie befürworteten eine nicht strikte Trennung zwischen den beiden Schulformen. Da eine Oberstufe für eine Schule aber auch ein Qualitätsmerkmal sei, müssten die Stadtteilschulen möglichst alle eine Oberstufe vorhalten.

Die SPD-Abgeordneten ergänzten, in Hamburg gebe es eine Stadtteilschule, deren Schülerinnen und Schüler der Oberstufe sich aus drei Gymnasien und zwei Oberstufenklassen zusammensetzten, und die Kooperation funktioniere hervorragend.

Die Abgeordnete der GRÜNEN Fraktion äußerte ebenfalls ihr Interesse an den vorliegenden Resolutionen der Jugendlichen. Sie verwies auf die teilweise sehr attraktiven Profile an den Hamburger Oberstufen, deshalb solle die Profiloberstufe nicht abgeschafft werden. Sie sähe allerdings die Durchführung dieser Profile durch die Einsetzung des Zentralabiturs ebenfalls gefährdet. Gemeinsame Oberstufen von Stadtteilschulen und Gymnasien halte sie für sinnvoll und warnte in diesem Zusammenhang davor, das Abitur an Stadtteilschulen infrage zu stellen. Zur Kompetenzorientierung

äußerte sie, diese schließe die Inhalte ein, allerdings würden diesen Ansatz der Kompetenzorientierung einige Schulen missverstehen. Bei diesen Schulen müsse nachgesteuert werden. Der Bildungsföderalismus werde aus ihrer Sicht insgesamt sehr ambivalent bewertet, deshalb plädierte sie prinzipiell dafür, den Umgang mit der Heterogenität Schülerschaft zu praktizieren und die Schülerinnen und Schüler so anzunehmen, wie sie sich an der Schule zeigten.

Die Jugendlichen erklärten zur Kompetenzorientierung, eine durchgeführte Studie habe gezeigt, dass eine kompetenzorientierte Abiturprüfung, die von einer neunten Klasse geschrieben worden sei, von fast allen Schülerinnen und Schülern bestanden worden sei, was sie für ein fragwürdiges Ergebnis hielten.

Die SPD-Abgeordneten äußerten die Hoffnung, dass die Jugendlichen aufgrund ihrer Erfahrungen bei „Jugend im Parlament“ motiviert worden seien, ihr Engagement zukünftig in einer Partei egal welcher Ausrichtung fortzusetzen, und forderten dazu auf, weiterhin über die Themen zu diskutieren.

Die FDP-Abgeordnete sagten, aus ihrer Sicht könne die Entwicklung in Hamburg dahin gehen, dass sich Unternehmen in Zukunft vorzugsweise für Schülerinnen und Schüler aus den Stadtteilschulen interessierten, da an diesen Schulen die berufliche Bildung viel intensiver vorangetrieben werde. Aus diesem Grunde hätten die Stadtteilschulen sehr gute Chancen und Voraussetzungen, die es hervorzuheben und weiterzuentwickeln gelte.

Die Abgeordnete der GRÜNEN Fraktion bat die Jugendlichen darum, für die Veranstaltung „Jugend im Parlament“ zu werben, um insbesondere auch für das herabgesetzte Wahlalter auf 16 Jahre politische Kompetenz zu entwickeln.

III. Ausschussempfehlung

Der Schulausschuss empfiehlt dem federführenden Familien-, Kinder- und Jugendausschuss der Bürgerschaft, von seinen Beratungen der Drs. 20/5461 Kenntnis zu nehmen.

Lars Holster, Berichterstattung

Stellungnahme

des Verkehrsausschusses

an den

federführenden Familien-, Kinder- und Jugendausschuss

über die Drucksache

**20/5461: Jugend im Parlament 2012
(Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft)**

Vorsitz: **Ole Thorben Buschhüter**

Schrifführung: **Klaus-Peter Hesse (i.V.)**

I. Vorbemerkung

Die Drs. 20/5461 wurde am 25. Oktober 2012 auf Antrag aller Fraktionen federführend an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss und mitberatend an den Verkehrsausschuss und weitere Ausschüsse überwiesen. Der Verkehrsausschuss befasste sich in seiner Beratung am 7. Dezember 2012 abschließend mit der Drucksache.

II. Beratungsinhalt

Tarifbedingungen des HVV

Die Jugendlichen erläuterten einleitend noch einmal die Resolution ihres Verkehrsausschusses. Ein zwischenzeitlich geführtes Gespräch mit einem Vertreter des HVV habe ergeben, dass eine Umsetzung ihrer Forderungen wegen der vorhandenen Defizite schwierig wäre.

Die Jugendlichen hoben hervor, dass der HVV steigende Fahrgastzahlen und demzufolge höhere Einnahmen zu verzeichnen habe. Sie fragten sich in Anbetracht dieser guten Entwicklung, warum der Senat den kontinuierlichen Anstieg der Fahrpreise zulasse und nicht zumindest einige Tarife absenke. Zu kritisieren sei beispielsweise, dass der Kindertarif nur bis zum Alter von 14 Jahren gelte und der anschließende Sprung zum Erwachsenentarif zu hoch sei. Die Ermäßigung sollte bis zum 20. Lebensjahr gewährt werden.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE erklärte, ihre Fraktion habe zu den diesjährigen Haushaltsberatungen einen Antrag eingebracht, der sich nicht nur auf die Forderung der Jugendlichen beziehe, sondern auf alle Gruppen, die Schwierigkeiten hätten, die HVV-Fahrpreise zu bezahlen. Beispielhaft zu nennen seien die Senioren/-innen, für die der HVV eine überproportionale Erhöhung vorgenommen habe, die Studierenden, die CC-Karten-Besitzer/-innen sowie die Auszubildenden. Der Antrag zielen darauf ab, die Mehreinnahmen in Höhe von circa 20 Millionen Euro, die nicht durch Tarifierhöhungen, sondern durch die Steigerung der Fahrgastzahlen entstanden seien, für die Absenkung der Tarife für den eben genannten Personenkreis einzusetzen. Sie hoffe, dass die Forderungen der Jugendlichen dazu beitragen, die anderen Fraktionen zu überzeugen, dem Antrag ihrer Fraktion in der Bürgerschaft zuzustimmen.

Die SPD-Abgeordneten führten aus, dass die Sozialkarte mit der HVV-Tariferhöhung, die 2013 in Kraft trete, von 18 auf 19 Euro erhöht worden sei und es sich hierbei um die erste Erhöhung seit sehr langer Zeit handele. Zum Antrag der Fraktion DIE LINKE sei zu bedenken, dass ein Anstieg der Fahrgastzahlen nicht nur Mehreinnahmen zur Folge habe, sondern sogar höhere Kosten nach sich zöge, wenn die Kapazitäten erhöht werden müssten. Zur Sozialkarte sei festzustellen, dass sowohl Senioren als auch Jugendliche, die über wenig Einkommen verfügten, einen Anspruch darauf hätten. Die Jugendlichen hätten zudem die Möglichkeit, den Freizeitpass des HVV zu nutzen. Dies sei ein Angebot, das bedauerlicherweise nicht sehr gut angenommen werde und möglicherweise stärker beworben oder modifiziert werden müsste. Letzteres würde sie als Auftrag in ihre Fraktion mitnehmen.

Die CDU-Abgeordneten betonten, sie seien für Ideen und Anregungen grundsätzlich immer aufgeschlossen, seien aber auch der Auffassung, dass Leistungen dort bezahlt werden sollten, wo sie erbracht würden, und aus ihrer Sicht sollten die Hamburger Verkehrsunternehmen keine Sozialpolitik betreiben. Wenn Angebote vergünstigt würden, diene dies dazu, die Mobilität für alle Menschen in der Stadt bezahlbar zu machen. Sollte es erforderlich sein, Bürgerinnen und Bürger zu entlasten, weil sie sich diese Mobilität nicht leisten könnten, fiel dies in die Zuständigkeit der Sozialbehörde.

Der Abgeordnete der GRÜNEN wies darauf hin, dass die gegenwärtige Preisentwicklung beim HVV – beispielsweise die Steigerung bei den Kinderkarten um 10 Prozent – für viele Bevölkerungsgruppen ein Problem darstelle. Deshalb sollte sich die Tarifsteigerung an der tatsächlichen Kostensteigerung in Höhe von 2,5 Prozent orientieren. Richtig sei, dass einige Spezialfahrkarten wegen der hohen Komplexität des Fahrkartensystems zum 1. Januar 2013 abgeschafft würden. Es sollten im Gegenzug auch keine neuen eingeführt werden, die die Adressaten wiederum nicht erreichten. Als interessant und bedenkenswert bewerte er die in der Drucksache formulierte Idee der Jugendlichen, die Schülerermäßigung etwas über das Ende des Schulbesuches hinaus zu gewähren, um die Übergangsphase, die typischerweise zwischen Schulabschluss und Aufnahme von Ausbildung oder Studium entstehe, abzudecken. Der Verwaltungsaufwand dürfte sich für eine solche Lösung in Grenzen halten.

Die SPD-Abgeordneten baten zu erläutern, wie der Freizeitpass angenommen werde und warum der HVV dieses Angebot nicht offensiver bewerbe. Sie fragten zudem, ob es zutrefte, dass ein Jugendlicher in der Zeit zwischen Schule und Ausbildung gezwungen sei, auf die Erwachsenenkarten zurückzugreifen.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter betonten, dass Zuschüsse, Unterstützungen und Subventionierungen im öffentlichen Bereich diejenigen bekommen sollten, die es brauchten. Das Alter der Kunden könne kein Indikator für die Festlegung von Tarifen sein. Entscheidend seien die sozialen Möglichkeiten. Dies zu beurteilen sei aber nicht Aufgabe des HVV, sondern von Bürgerschaft und Senat. Sollten diese jeweils zu dem Schluss gelangen, bestimmten Gruppen Unterstützung gewähren zu müssen, bedürfe es einer Entscheidung zur Ergreifung von sozialpolitischen Maßnahmen.

Zur Übergangszeit zwischen Schule und Ausbildung wiesen sie zunächst darauf hin, dass es für die Gewährung von Ermäßigungen immer eines Nachweises bedürfe. Andernfalls würde dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Festzuhalten sei aber, dass die ausgegebenen Schülerkarten immer für gesamte Schulhalbjahre gültig seien. Die Abiturienten seien in der Regel Anfang bis Mitte Juni mit ihren Prüfungen fertig, könnten aber die Schülerzeitkarten, die bis in den September hinein Gültigkeit hätten, stillschweigend weiternutzen. Sollten sie anschließend keinen Studien- oder Ausbildungsplatz haben, käme die Nutzung der CC-Karte in Betracht.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter hoben im Übrigen hervor, die Auffassung in Bezug auf die Unübersichtlichkeit und Verständlichkeit der Tarife zu teilen. Sie würden es begrüßen, wenn es im Rahmen der nächsten Tarifierfassung zu einer Reduzierung der Angebote käme. Es sei aber stets schwierig, einmal eingerichtete Tarife wieder weg zu bekommen, weil es auch immer einen Personenkreis gebe, der bei einer Streichung Nachteile zu erwarten habe. Im Zuge der Tarifierfassung 2013 würden drei Fahrkartensortimente gestrichen, und zwar die Flexicard, die 3-Tages-

Karte und die Kinderzeitkarte, weil sie entweder ersetzt worden seien oder sich überlebt hätten.

Tarifanhebungen erfolgten beim HVV nach Möglichkeit immer unter der Prämisse, den Qualitätsstandard zu halten. Dies sei nicht bei allen ÖPNV-Systemen Praxis. Der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg beispielsweise erhöhe grundsätzlich gemäßigter als andere, reduziere aber aus Wirtschaftlichkeitsgründen gleichzeitig Leistungen.

Die Jugendlichen betonten, sie hätten ihre Kritik in Bezug auf die zu hohen Tarife nicht nur mit Blick auf die Hamburger Jugendlichen, sondern auch auf die Auswärtigen geäußert. Einem gelegentlichen Hamburg-Besucher nutze der Freizeitpass nicht.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter erwiderten, dass der Freizeitpass im gesamten Tarifgebiet des HVV gelte und damit auch im Hamburger Umland. Sie rechne sich bereits ab zwei bis drei Fahrten.

Eine Vertreterin der Jugendlichen hielt den Freizeitpass für überflüssig, weil die meisten Schülerinnen und Schüler ihre Monatskarten nutzten. Deshalb sollte auch kein Geld in seine Bewerbung gesteckt werden. Die Mittel sollten besser direkt der Verbesserung des ÖPNV-Angebots zugutekommen oder für eine zumindest minimale Tarifsenkung beziehungsweise für eine Tarifvereinfachung genutzt werden.

Ein anderer Vertreter der Jugendlichen merkte wiederum an, er halte den Freizeitpass für sinnvoll, denn eine Einzelfahrt mit dem HVV sei ziemlich teuer und der Pass würde sich relativ schnell bezahlt machen. Das Angebot sollte deshalb beibehalten werden.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter hoben hervor, dass die Hamburg CARD ein sehr erfolgreiches Modell sei und insbesondere von den Touristen sehr gut angenommen werde.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE wies darauf hin, dass mit dem Freizeitpass das von den Jugendlichen angesprochene Problem der Übergangszeit zwischen Schule und Studium oder Ausbildung nicht gelöst werde. Die Fraktion DIE LINKE wolle perspektivisch aber nicht mehr über eine Vergünstigung für einzelne Gruppen diskutieren, sondern über eine Kostensenkung für alle. Zur Minderung der Umweltverschmutzung müssten noch weit mehr Autofahrer zum Umstieg auf den ÖPNV bewegt werden. Die Fragen, wie eine Preissenkung letztendlich erreicht werde und wer Sozialpolitik betreibe, seien für sie zweitrangig. Ihre Fraktion werde zur Schaffung eines entsprechenden Titels einen Antrag zu den Haushaltsberatungen stellen.

Zu der Seniorenkarte gab die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE zu bedenken, dass es zwar reiche Seniorinnen und Senioren gebe, sich generell aber eine enorm steigende Altersarmut entwickle. Deshalb habe sie keinerlei Verständnis für die Preiserhöhung bei der Seniorenkarte. Positiv sei anzumerken, dass sie heute aus der SPD vernommen habe, dort werde sich das Modell für den Bremer Freizeitpass angesehen und geprüft, inwieweit etwas auf Hamburg übertragbar sei.

Die Jugendlichen regten an, sich Finanzierungsmodelle im Ausland anzusehen. In Dänemark beispielsweise seien zwar höhere Steuern als in Deutschland zu zahlen, der ÖPNV sei aber günstiger.

Der Abgeordnete der GRÜNEN meinte zunächst, die Diskussion „fahrtscheinloser ÖPNV“ könne geführt werden, sie sei aber sehr komplex. Dann erläuterte er, dass der Erfolg eines Fahrkartenangebots von drei Faktoren abhängt:

1. Es müsse sich um ein wirtschaftlich interessantes Angebot handeln,
2. das Angebot müsse bekannt sein und
3. der Erwerb der Fahrkarten müsse einfach sein, auch für Auswärtige und Touristen.

Sollte sich ein Angebot nicht bewähren, müsste es gegebenenfalls gestrichen werden. Beim Freizeitpass könnte über eine Reduzierung der Berechtigungsbedingungen nachgedacht werden, grundsätzlich habe dieser aber mehr als das Potenzial eines Nischenangebots.

Zur Übergangsregelung stelle sich der Abgeordnete der GRÜNEN die Frage, ob die von den Senatsvertreterinnen und Senatsvertretern beschriebene inoffizielle Praxis nicht legalisiert werden könnte.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter erläuterten, dass an folgenden Stellen im Haushalt aktive Sozialpolitik betrieben werde:

- Schülerbeförderung: 37 Millionen Euro,
- Sozialticket: 15 Millionen Euro,
- Leistungen für Behinderte: circa 50 Millionen Euro.

Die Kosten des HVV würden zu zwei Dritteln aus Fahrgeldeinnahmen und zu einem Drittel aus dem städtischen Haushalt gedeckt. Im Jahr fließen aus Steuermitteln etwa 220 Millionen Euro an den HVV.

Der Frage bezüglich Attraktivität, Bedingungen und Annahme des Freizeitpasses würden sie noch einmal nachgehen, insgesamt müsse das Tarifangebot des HVV aber ausgedünnt werden. Eine Legalisierung der inoffiziell geltenden Übergangsregelung sei nicht notwendig, denn die Gültigkeit bis zum 30. September sei auf der Fahrkarte vermerkt. Die Tatsache, dass dies nicht für Schüler gelte, die die Schule vorher abgeschlossen hätten, sei nur den Tarifbestimmungen zu entnehmen.

Verbesserungen für den Radverkehr

Die Jugendlichen führten aus, sie hätten zum Thema Infrastruktur/Verkehr im Umweltausschuss die Forderung formuliert, das Projekt StadtRAD insbesondere in den südlichen Stadtteilen weiter auszubauen. Sie seien der Überzeugung, dass dadurch mehr Menschen zum Radfahren gebracht werden könnten. Darüber hinaus würden sie sich die Schaffung von weiteren sicheren Abstellplätzen für Fahrräder, vor allem an den S- und U-Bahn-Haltestellen, wünschen.

Der Abgeordnete der GRÜNEN merkte an, dass es zu beiden Themenkomplexen unter den Fraktionen intensive Diskussionen gebe und gegeben habe. Fest stehe, dass auch in Wilhelmsburg StadtRAD-Stationen entstehen würden. Seine Fraktion sei der Meinung, dass der kontinuierliche Ausbau weiter vorangetrieben werden müsse, nicht nur in Harburg und Bergedorf, sondern auch in anderen Stadtteilen, die bislang nicht versorgt seien.

Im Zusammenhang mit der Schaffung von Fahrradabstellanlagen gebe es das 1.000-Bügel-Programm, im Rahmen dessen die Bezirke bei der Verkehrsbehörde Mittel für die Errichtung von Fahrradabstellanlagen abfordern könnten. Das Programm sei sinnvoll, die Mittel würden aber etwas langsam abgefordert. Ursache dafür sei, dass jeweils eine ausführliche Haushaltsunterlage – pro Anlage seien dafür etwa vier Arbeitstage eines Mitarbeiters erforderlich – zu erstellen sei, wofür den Bezirksamtern das Personal fehle. Das Verfahren zur Vergabe dieser Mittel sollte vereinfacht werden, um den Erfolg dieses Programms zu erhöhen.

Die CDU-Abgeordneten unterstrichen, dass sich die Fraktionen in den letzten Jahren sehr intensiv mit dem Thema Radfahren beschäftigt hätten. Alle sähen bei der Steigerung des Radverkehrs ein großes Potenzial und hielten eine Steigerung des Radfahreranteils auf bis zu 20 Prozent am Gesamtverkehr bis 2020 für realistisch. 2007 sei eine Radverkehrskonzeption entwickelt worden und der Senat sei mit Unterstützung aller Fraktionen intensiv mit der Umsetzung beschäftigt. Ein inhaltlicher Austausch finde innerhalb eines Radverkehrsforums, in dem alle Parteien vertreten seien, statt. Bekannt sei, dass im Bezirk Harburg großes Interesse an der Einbeziehung in StadtRAD bestehe. Die Erweiterungen bedürften aber einer intensiven vorherigen Untersuchung, damit keine Stationen entstünden, die anschließend nur wenig genutzt würden oder keine sinnvolle Netzbindung hätten.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE führte an, dass es eine große interfraktionelle Übereinstimmung in Bezug auf den weiteren Ausbau der Radwege mit Radfahrstreifen gebe. Uneinigkeit gebe es nur in Bezug auf die Geschwindigkeit, mit der das umgesetzt werden solle. Die personelle Ausstattung sei zurzeit sehr spärlich und im

Fortbestand zum Teil sogar offen. Zur Stellensituation sollten die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter noch einmal Stellung nehmen.

Wichtig sei vor allem aber auch, den Radverkehr ins Bewusstsein der Menschen zu bringen. Diesbezüglich bedürfe es eines Veränderungsprozesses, an dem alle Fraktionen mitwirken müssten. Die Radfahrer beklagten zu Recht, dass sie immer noch als Verkehrsteilnehmer/-innen zweiter Klasse gesehen würden. Viele Autofahrer wüssten auch nicht, dass es eine Benutzungspflicht für Radwege nur gebe, wenn dieser mit dem blauen Hinweisschild ausgewiesen sei, und Radfahrer andernfalls die Straße benutzen dürften, auch wenn ein Radweg vorhanden sei.

Die SPD-Abgeordneten schlossen sich den Ausführungen der Vorredner/-innen bezüglich der Bedeutung des Radverkehrs und der Notwendigkeit des Ausbaus des StadtRAD-Systems an. Zu bedenken sei aber, dass dafür Haushaltsmittel benötigt würden, was angesichts der Schuldenbremse eine große Herausforderung darstelle.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter erklärten zur Stellenausstattung, dass diesbezüglich nicht nur der Bestand im Fachamt Verkehr gesehen werden dürfe, sondern auch der beim Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer sowie bei den Bezirken, denn einen Erfolg werde es nur bei einem Zusammenwirken der einzelnen Stellen geben. Wichtig sei, dass sich bei der Verfolgung des politischen Ziels, die Bereitschaft Rad zu fahren und das Angebot dafür zu erhöhen, alle Akteure einig seien.

Auch sie wiesen auf die wegen der Schuldenbremse immer knapper werdenden Mittel hin. In der Unterhaltung kosteten beispielsweise 13 zusätzliche Stationen mit 160 Fahrrädern 180.000 Euro jährlich. Auch die Verbindung nach Wilhelmsburg über Radwege durch den Hafen sei sehr teuer gewesen. In Wilhelmsburg gebe es bislang eine StadtRAD-Station, es kämen aber demnächst zwei weitere hinzu. Wichtig sei es, keine Insellösungen, sondern ein Netz zu schaffen.

Im Rahmen des 1.000-Bügel-Programms hätten die Bezirke 2011 328 Bügel und 2012 bereits 838 Bügel für jeweils zwei Stellplätze aufgestellt. Die Kritik in Bezug auf den hohen Verwaltungsaufwand würden die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter zur Überprüfung mitnehmen. Großen Handlungsbedarf sähen sie für die nächsten Jahre darin, an möglichst vielen Bahnhöfen attraktive Fahrradstellplätze zu schaffen, wobei die Frage der Finanzierung völlig offen sei.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter wiesen im Übrigen darauf hin, dass Hamburg das größte Fahrradwegenetz in Deutschland habe. Das Netz stelle eine große Herausforderung in Bezug auf die Anpassung an heutige Bedürfnisse und Standards dar, wobei dies aus Platzmangel gar nicht in allen Straßen möglich sei. Im Gegensatz zu früher würden heute aus Sicherheitsgründen Radfahrstreifen und Schutzstreifen den reinen Radwegen vorgezogen. Ausführlich nachzulesen sein werde dies in dem Anfang 2013 erscheinenden Fortschrittsbericht zur Radverkehrsstrategie, der turnusgemäß alle zwei Jahre erscheine.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE bat um eine konkrete Aussage zur Stellensituation und fragte, ob es in der Behörde weiterhin eine zweite Stelle für den Radverkehr geben werde.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter erklärten, sie könnten hierzu gegenwärtig nichts sagen, weil dies von verschiedenen noch zu prüfenden Faktoren abhängt.

III. Ausschussempfehlung

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem federführenden Familien-, Kinder- und Jugendausschuss, der Bürgerschaft zu empfehlen, von der Drs. 20/5461 Kenntnis zu nehmen.

Klaus-Peter Hesse i. V., Berichterstattung

Stellungnahme

des Stadtentwicklungsausschusses

an den

federführenden Familien-, Kinder- und Jugendausschuss

über die Drucksache

**20/5461: Jugend im Parlament 2012
(Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft)**

Vorsitz: **Hans-Detlef Roock**

Schriefführung: **Karin Timmermann (i.V.)**

I. Vorbemerkung

Die Drs. 20/5461 war am 25. Oktober 2012 auf Antrag aller Fraktionen durch Beschluss der Bürgerschaft federführend an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss und mitberatend an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration, den Schulausschuss, den Stadtentwicklungsausschuss, den Umweltausschuss und den Verkehrsausschuss überwiesen worden. Der Stadtentwicklungsausschuss befasste sich in seiner Sitzung am 20. Dezember 2012 abschließend mit der Drucksache. Zu dieser Sitzung waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung „Jugend im Parlament 2012“ – Ausschuss für Stadtentwicklung – gemäß § 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft eingeladen.

II. Beratungsinhalt

Der Vorsitzende begrüßte Nils Sierk, Teilnehmer von „Jugend im Parlament 2012“, und bat ihn, dem Ausschuss von den Überlegungen und Ergebnissen zur Wohnsituation in Hamburg, die die Jugendlichen im Rahmen des Ausschusses für Stadtentwicklung von „Jugend im Parlament“ erörtert hätten, zu berichten.

Der Teilnehmer von Jugend im Parlament sprach die schlechte Wohnungssituation insbesondere für Auszubildende und Studenten an, da es erstens zu wenig entsprechenden Wohnraum für diese Gruppen gebe und zweitens, wenn es welchen gebe, dieser zu teuer oder übersteuert sei.

Die SPD-Abgeordneten bedankten sich für die Arbeit von „Jugend im Parlament“ und erinnerten daran, dass viele der Vorstellungen, die von „Jugend im Parlament“ geäußert worden seien, dem, was die Sozialdemokratie in ihrem Bündnis für Wohnen auf den Weg gebracht habe, entsprächen, aber auch im SPD-Regierungsprogramm aufgenommen seien. Daher könnten sie die Forderungen, die „Jugend im Parlament“ erarbeitet und formuliert habe, nur unterstützen, zumal diese sozialdemokratischem Denken entsprächen: Wohnen sei ein Grundrecht genau wie Arbeiten; Wohnen und Arbeiten gehörten für sie eng zusammen.

Hinsichtlich der Forderung nach Senkung der Grundstückspreise erklärten sie, dass die Vergabe von Grundstücken nicht mehr nach dem Höchstgebotsverfahren, sondern nach einer Konzeptvergabe vorgenommen werden solle, sodass bei Beantragung auf Wohnungsbau ein Drittel sozialer Wohnungsbau – und damit bezahlbarer Wohnungsbau mit 5,90 Euro pro Quadratmeter – erfolgen müsse. Auch wenn dies zugegebenermaßen für Studierende und Auszubildende immer noch viel Geld bedeute, sei es doch billiger als die gemeinhin verlangten 10 Euro/m² oder 12 Euro/m². Die Konzeptvergabe befinde sich in der Umsetzung und derzeit liege der Anteil am sozialen Wohnungsbau bei 43 Prozent.

Die Überlegung von „Jugend im Parlament“, zur Vermeidung von Baugrundleerstand eventuell auch Gewerbeflächen für Wohnungsbau nutzbar zu machen, werde teilweise schon umgesetzt. Allerdings gebe es auch nur schwer erschließbare Grundstücke, die für die gewerbliche Nutzung vorbehalten werden müssten, weshalb Umwidmungen nicht grundsätzlich durchsetzbar seien und es hierbei keinen Automatismus gebe. Trotzdem könnten sie davon berichten, dass es bereits Umwidmungen in Othmarschen und Bahrenfeld gegeben habe.

Zum Wohnungsleerstand habe es einen Antrag der SPD-Fraktion gegeben, Wege zu suchen, wie dieser vermieden werden könne. Bei diesem Thema müsse aber auch beispielsweise bedacht werden, dass bei energetischen Sanierungen Gebäudekomplexe unvermeidlich längere Zeit leer stehen könnten.

Die SPD-Abgeordneten wiesen abschließend darauf hin, dass es hinsichtlich dieses Themas keine größeren Differenzen zwischen den Fraktionen gebe.

Die CDU-Abgeordneten bestätigten, dass es bei Fragen des Wohnungsbaus einen breiten Konsens aller Fraktionen im Hinblick auf das Ziel, mehr Wohnraum – insbesondere günstigen Wohnraum – zu schaffen, gebe. Wohnen sei nicht nur ein Menschenrecht, sondern günstiges Wohnen sei auch für den wirtschaftlichen Erfolg der Freien und Hansestadt Hamburg sehr wichtig. Darüber sei auch im Rahmen von „Jugend im Parlament“ lebhaft diskutiert worden. Gleichwohl sei es für Hamburg ein problematisches Thema, aufgrund vielfältiger Schwierigkeiten und komplexer Situationen Wohnungen zu schaffen. Darüber hinaus biete sich nicht jede Fläche, die gewerblich genutzt werde, für Wohnungsbau an. Auch seien derzeit die Baupreise durch die allgemeine Spekulation gestiegen, welches günstiges Wohnen zusätzlich schwierig gestalte. Trotz aller Anstrengungen des Senats werde es sicherlich nicht möglich sein, das Problem von heute auf morgen zu lösen. Es werde ein Dauerthema für die nächsten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte bleiben.

Der Abgeordnete der GRÜNEN zeigte sich positiv beeindruckt von der Resolution des Ausschusses für Stadtentwicklung von „Jugend im Parlament“ zur Wohnsituation in Hamburg und befand auch den Diskussionsprozess, in dem sich bestimmte Meinungen durchgesetzt hätten, als wichtig, weil ohne adäquate Diskussionen gesellschaftspolitische Prozesse nicht verfolgt werden könnten. Eine Erfahrung, die bei „Jugend im Parlament“ habe gesammelt werden können.

Die politische Übereinstimmung bei diesem Thema sei bereits genannt worden und gelte auf alle Fälle für die Grundfragen. Auf dem Weg dorthin würden aber unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt. Die Opposition sei nicht immer mit dem Handeln der Mehrheitsfraktion einverstanden, dies liege aber in der Natur der Sache.

Zur Frage der Finanzierung nannte er als Beispiel die Wohnungsbauförderung. Zudem gebe es auch eine Förderung für die Umwandlung von Bürogebäuden in Wohnraum, auch wenn nicht jedes Bürogebäude mehr genehmigt werden könne, weil teilweise Rechtsansprüche auf bestimmte Grundflächen bestünden. Er merkte an, der Verzicht auf Leuchtturmprojekte wie die Elbphilharmonie allein finanziere den benötigten Wohnraum nicht.

Es freute ihn, dass Aspekte wie „Gentrifizierung“ und Stärkung des Hamburger Südens in die Resolution mit aufgenommen worden seien.

Er bedankte sich abschließend für die komplexe Aneignung des Themas durch die Jugendlichen und die daraus resultierenden positiven Impulse für den Stadtentwicklungsausschuss der Bürgerschaft.

Der FDP-Abgeordnete zeigte sich ob der Intensität der Diskussion und des Detailwissens der Jugendlichen bei „Jugend im Parlament“ sehr erfreut.

Erstaunlicherweise habe die schlechte Wohnungssituation insbesondere für Auszubildende und Studenten keinen schriftlichen Eingang in die Resolution gefunden. Nach seiner Auffassung sei die Unterbringung der Studierenden in Studentenwohnungen Aufgabe des Studierendenwerks und der entsprechenden Behörde und nicht die Aufgabe der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt – Gleiches gelte für Wohnungen für Auszubildende. Er wollte gern wissen, ob diese Überlegung Eingang in die Beratungen der Jugendlichen gefunden habe.

Das Thema „Wohnsituation in Hamburg“ sei durchdacht behandelt worden, aber auch wenn den Jugendlichen von „Jugend im Parlament“ in bestimmten Fällen quasi eine Enteignung verständlich erscheine, weil sie bestimmte Vorgehensweisen störten, gehe dies in diesem Rechtsstaat nicht einfach so.

Gefreut habe ihn, teilte er mit, dass seitens der Jugendlichen hinsichtlich günstigen Wohnraums auf alle Stadtteile in Hamburg geschaut werde, und nicht nur auf die begehrten.

Der Teilnehmer von „Jugend im Parlament“ antwortete, die aufgeworfene Frage besprochen zu haben, nur setzten günstige Wohnungen auch günstige Grundstücke voraus, um Wohnungen bauen zu können, die für Auszubildende erschwinglich seien, und deren Chancen sich damit erhöhten, eine solche Wohnung mieten zu können. Im Übrigen hätten sie ganz allgemein vorausgesetzt, von günstigerem Wohnraum profitierten auch die Studenten und Auszubildenden.

Die CDU-Abgeordneten wollten das Problembewusstsein der Jugendlichen schärfen, indem sie darauf hinwiesen, dass die Umwidmung von Bürogebäuden auch problembelastet sei. Bei der Umwidmung und damit der Umwandlung eines Bürogebäudes in Wohnungen entstünden circa 80 Prozent der Kosten, die für einen Neubau anfielen, weshalb auch abgerissen und ein neues Wohnhaus auf dem Grundstück gebaut werden könnte. Darüber hinaus müsse auch das Planrecht geändert werden und eine Bebauungsplanänderung nehme zwei bis drei Jahre in Anspruch.

Zur Idee von „Jugend im Parlament“, dass Sozialwohnungen auch auf die begehrten Stadtteile verteilt werden müssten, hielten sie fest, dies könne nur umgesetzt werden, wenn dort städtische Flächen vorhanden seien. Als CDU-Abgeordnete sprachen sie sich vehement dagegen aus, private Flächen für Wohnungsbau zu akquirieren und somit massiv ins Eigentumsrecht der Privaten einzugreifen. Eine solche Vorgehensweise käme einer „kalten“ Enteignung gleich, gegen die sich die CDU-Fraktion ganz klar positioniere.

Die SPD-Abgeordneten erläuterten, beim Bündnis für Wohnen mit den Wohnungsbau-Gesellschaften finde sozialer Wohnungsbau ungeachtet dessen, wo sich das Grundstück befinde, statt; entsprechend würden alle Stadtteile berücksichtigt. Dies hänge auch mit dem sozialen Umgang miteinander zusammen und sei ein guter Weg, in allen Bereichen sozialen Wohnungsbau umsetzen zu wollen.

Bezüglich des Wunsches der Jugendlichen zum Personalaufbau in der öffentlichen Verwaltung, um die jährlich 6.000 Wohnungen bauen zu können, wiesen sie darauf hin, dass es eine Verlagerung des Personals in die Bezirke gegeben habe, weil die Abwicklung der Bauanträge in den Bezirken stattfinde. Die Bezirke seien nun besser als vorher ausgestattet, welches ein Schritt in die richtige Richtung sei. Sie wünschten sich, dass sich die Entwicklung mit bereits über 8.000 vorliegenden Baugenehmigungen fortsetzen werde, weil die Wohnungen gebraucht würden, aber es müsse auch beobachtet werden, ob sich dieses Niveau halte. Der Senat sei klug genug, einen Blick darauf zu haben.

Die SPD-Abgeordneten berichteten zudem, vor einer Woche im Wirtschaftsausschuss über ein Azubiwohnheim gesprochen zu haben; dort werde das Thema federführend behandelt. Alle Fraktionen seien sich einig, dies umsetzen zu müssen, und der Senat sei gebeten worden, bis zum 1. Quartalsende 2013 zu überlegen, inwieweit ein solches Angebot für Auszubildende in Hamburg vorgehalten werden könne.

Der Vorsitzende bedankte sich bei Herrn Sierk für seine Teilnahme und erkundigte sich, ob er sich vom Stadtentwicklungsausschuss angemessen behandelt und wohl gefühlt habe.

Der Teilnehmer von „Jugend im Parlament“ meinte, es sei eine ungewohnte Situation gewesen, zumal er heute der einzige Anwesende von „Jugend im Parlament“ gewesen sei. Er habe sich vorher mit Politik nicht sehr gut auskannt, sei positiv überrascht von der Veranstaltung gewesen und froh über diese neue Erfahrung.

III. Ausschussempfehlung

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem federführenden Familien-, Kinder- und Jugendausschuss der Bürgerschaft zu empfehlen, von seinen Beratungen der Drs. 20/5461 Kenntnis zu nehmen.

Karin Timmermann, Berichterstattung

Stellungnahme

des **Umweltausschusses**

an den

federführenden Familien-, Kinder- und Jugendausschuss

über die Drucksache

**20/5461: Jugend im Parlament 2012
(Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft)**

Vorsitz: **Ole Thorben Buschhüter (i.V.)**

Schriftführung: **Jens Kerstan**

I. Vorbemerkung

Die Bürgerschaft hat in ihrer Sitzung am 25. Oktober 2012 die Drs. 20/5461 auf Antrag aller Fraktionen federführend dem Familien-, Kinder- und Jugendausschuss sowie mitberatend dem Umweltausschuss nebst weiteren Fachausschüssen überwiesen. Der Umweltausschuss befasste sich in seiner Sitzung am 10. Januar 2013 mit der Vorlage.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung „Jugend im Parlament 2012“, die im Umweltausschuss dieser Veranstaltung mitgewirkt hatten, waren zu dieser Sitzung eingeladen.

II. Beratungsinhalt

Die Jugendlichen stellten die Ergebnisse der Beratungen des Umweltausschusses von Jugend im Parlament 2012 (JIP) vor.

Die Abgeordneten aller Fraktionen dankten den Jugendlichen für ihre Ausführungen und für ihr Engagement im Rahmen von JIP.

Zum Bereich Infrastruktur/Verkehr sagte der Vorsitzende, dieser Themenbereich sei bereits im Verkehrsausschuss behandelt worden. Darum wolle der Umweltausschuss sich auf die übrigen Bereiche konzentrieren.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter äußerten sich erfreut darüber, dass die Jugendlichen die Punkte, mit denen sich Hamburg umweltpolitisch beschäftige, aufgegriffen und Vorschläge entwickelt hätten.

Müll/Recycling

Die SPD-Abgeordneten teilten mit, in Hamburg gebe es rund 9.000 Müllgefäße an den Haltestellen von Bussen und Bahnen, die relativ gut angenommen würden. Behälter für getrennte Müllsammlung seien aber nur auf Bahnhöfen vorhanden. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt könne sich möglicherweise dazu äußern, ob in anderen Städten Erfahrungen gesammelt worden seien, ob eine solche Mülltrennung im Kleinen sinnvoll durchgeführt werden könne. Das Sparen von Verpackungen sei ein

wichtiges Thema, weil Rohstoffe gespart werden könnten. Ressourcensparend zu wirtschaften, sei nicht nur ein Anliegen der Umwelt-, sondern auch der Wirtschaftspolitik, weil durch einen geringeren Verpackungsaufwand viel Geld gespart werden könne. In den letzten Jahren habe beobachtet werden können, dass für Verpackungen weniger Material eingesetzt werde. Dazu habe sicher auch die Verpackungsverordnung beigetragen. Die SPD-Abgeordneten bewerteten den Vorschlag kritisch, Flüssigkeiten im Supermarkt in eigene Behältnisse zu füllen. Dies sei sicher nur bei einem Teil der Produkte machbar. Ob dies in Selbstbedienung praktiziert werden könne, sei auch im Hinblick auf Fragen der Hygiene zu prüfen. Zum Thema der Plastiktüten wiesen die SPD-Abgeordneten auf die Anhörung am 5. Februar 2013 hin. Leider zeichne sich aktuell der Trend ab, dass weniger Mehrwegverpackungen angeboten würden. Entscheidungen im Zusammenhang mit der Verpackungsverordnung seien auf Bundesebene zu treffen.

Die CDU-Abgeordneten erklärten, der Mangel an Müllbehältern im Stadtbild sei auch von den Medien aufgegriffen worden. Dieses Thema müsse der Senat aufgreifen, damit die Stadt wieder ein sauberes Erscheinungsbild bekomme. Dies diene nicht nur dem Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger sondern auch dem Eindruck als Touristenstadt. Im Umweltausschuss von JIP sei intensiv darüber diskutiert worden, ob das Trennen von Müll auf freiwilliger Basis geschehen solle. Der Senat habe sich für eine Freiwilligkeit entschieden. Die CDU-Abgeordneten kritisierten, im Hinblick auf die Recyclingquoten sei Hamburg inzwischen das Schlusslicht der Bundesländer. Darum sei es richtig, die Bürgerinnen und Bürger vermehrt in die Pflicht zu nehmen. In einigen Stadtteilen sei es nicht möglich, die Mülltrennung schnell umzusetzen. Die CDU-Abgeordneten bewerteten die Forderung des Umweltausschusses von JIP als richtig und nachvollziehbar, dass der Trend zu Einwegverpackungen gestoppt und die Verwendung von Mehrwegverpackungen gefördert werden müsse. Hamburg müsse nicht tatenlos bleiben, sondern könne den Bund dazu anregen, den gegenwärtigen Trend umzukehren.

Der Abgeordnete der GRÜNEN lobte, dass der Umweltausschuss von JIP das Thema in seiner ganzen Breite aufgegriffen habe. Er erklärte, es sei gut, dass die Jugendlichen erkannt hätten, dass beim Einsatz von Haushaltsmitteln Prioritäten gesetzt werden müssten. Im Verlauf der Beratungen zum Haushalt 2013/2014 sei kontrovers diskutiert worden, dass Hamburg bei der Müllmenge im Bundesvergleich weit vorn liege, aber beim Recycling weit hinten, und ob es sinnvoll sei, in dieser Situation die Mittel für die Stadtreinigung zu kürzen.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE stellte fest, der Umweltausschuss von JIP habe das Müllproblem aufgegriffen, lange bevor es in den Medien thematisiert worden sei. Dies zeige, dass Jugendliche im Hinblick auf die Umwelt viel sensibler seien als Erwachsene. Dem Senat sei vorzuwerfen, dass er die Kosten für die Entleerung der Müllbehälter um 3,4 Millionen Euro reduziert habe, was in der Stadt deutlich zu bemerken sei. Die Stadtreinigung Hamburg AöR habe dazu erklärt, dies sei nicht schlimm, denn es sei zwar die Anzahl der Müllbehälter vermindert worden, aber das Volumen sei gleich geblieben. Eine Untersuchung der Technischen Universität Berlin zeige jedoch, dass die Menschen nicht bereit seien, weiter als 35 Schritte bis zum nächsten Müllbehälter zu gehen. Wenn der Behälter weiter entfernt sei, ließen sie den Abfall einfach fallen. Darum sei es sinnvoller, viele kleine Behälter zu haben als wenige große. Auch unter dem Gesichtspunkt, dass Hamburg für Touristen weiterhin attraktiv bleiben wolle, sei ein Umdenken bei der Stadtreinigung Hamburg AöR angezeigt.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter kritisierten, dass die Medien bei ihrer Berichterstattung kaum darauf eingegangen seien, dass auch das Verhalten der Bürgerinnen und Bürger ein Problem darstelle. Insoweit sei es erfreulich, dass die Jugendlichen auch auf diesen Aspekt hingewiesen hätten. Im Übrigen sei die Frage zu stellen, ob es richtig sei, die begrenzten Haushaltsmittel für das Aufstellen und Leeren von zusätzlichen Müllbehältern auszugeben. In der Praxis machten die Bezirke zahlreiche Vorschläge für Standorte von Müllbehältern. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt antworte stets, dass die neuen Standorte nur mit Abfallbehältern bestückt werden könnten, die an anderer Stelle abgebaut worden seien, weil die Mittel nicht für zusätzliche ausreichten. Es sei durchaus zu erwägen, eine getrennte Müllsammlung

auch im öffentlichen Raum anzubieten. Dabei sei aber zu bedenken, dass dies eine Vielzahl von Fahrten zur Entleerung nach sich ziehe, die Lärm und Abgase verursachten. Viele der Anregungen des Umweltausschusses von JIP beträfen Regelungen des Bundes. Beispielsweise sei ein neues Wertstoffgesetz im Gespräch, das aber auch viele Gegner habe. Auch die Veränderung der Kennzeichnung und die Pfandregelung seien seit Jahrzehnten sehr umstritten. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter lobten die Anregungen des Umweltausschusses von JIP, die aber nicht ohne Weiteres umzusetzen seien.

Die SPD-Abgeordneten wiesen auf die Hotline der Stadtreinigung Hamburg AöR hin, bei der Müllhaufen gemeldet werden könnten. Es sei dafür zu sorgen, dass die Hotline den Bürgerinnen und Bürgern im Bewusstsein bleibe. Abgesehen von den Müllbehältern im öffentlichen Raum sei im Hinblick auf die privaten Haushalte die Recyclingoffensive gestartet worden. Diese sei von allen Fraktionen unterstützt worden. Inzwischen hätten über 40 Prozent der Haushalte eine Biomülltonne. Der Inhalt werde kompostiert und zu Biogas verarbeitet. Die Quote bei der Papiermülltonne nähere sich der Marke von 60 Prozent. Hinsichtlich der noch bestehenden Probleme mit den großen Wohnsiedlungen führe der Senat Gespräche mit den Wohnungsbaugenossenschaften und -gesellschaften. Hamburg sei im Hinblick auf das Recycling auf einem guten Weg.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE bezog sich auf die Aussage der Senatsvertreterinnen und -vertreter, dass die begrenzten Mittel das Aufstellen und Entleeren zusätzlicher Müllbehälter nicht zulasse. Sie betonte, einen Tag nach der Debatte über den Haushalt habe der Erste Bürgermeister angekündigt, 200 Millionen Euro plus Mehrwertsteuer für die Elbphilharmonie auszugeben. Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE fragte, ob die Stadt es sich leisten könne, bei der Entleerung der Müllbehälter jährlich 3,4 Millionen Euro einzusparen. Einem Medienbericht habe sie entnommen, dass die Anzahl der Müllbehälter in den letzten Jahren sukzessive reduziert worden sei. Sie fragte, wie viele Müllbehälter in den letzten Jahren abgebaut worden seien.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter riefen die Beratungen zum Haushalt 2011/2012 in Erinnerung. Der vorherige Senat habe geplant, die Mittelausstattung der Stadtreinigung Hamburg AöR im Jahr 2011 auf 21,7 Millionen Euro abzusenken. Der derzeitige Senat sei von dieser Planung abgewichen und habe den Ansatz für 2011 bei 22,7 Millionen Euro belassen und im Jahr 2012 auf 24,2 Millionen Euro angehoben. Dem Medienbericht sei nicht zu entnehmen, dass die Mittel für die Stadtreinigung Hamburg AöR reduziert worden seien. Im zweiten Teil sei ausgeführt, dass zum einen Feiertage zu einem relativ hohen Müllaufkommen geführt hätten und zum anderen die Menschen in Hamburg zunehmend Abfall einfach fallen ließen. Dieses Problem sei der Stadtreinigung Hamburg AöR bekannt. Darum habe sie weiterhin die sogenannten Kümmerer und die Hotline. Sie Sorge dafür, dass der Müll entsorgt werde. Kürzungen seien bisher nicht vorgenommen worden und seien auch nicht geplant. Die Stadtreinigung Hamburg AöR führe regelmäßig die Aktion „Hamburg räumt auf“ durch. Im Sommer 2012 seien im Stadtpark einerseits leere Müllcontainer und andererseits Müllhaufen zu sehen gewesen, weil die Menschen ihren Müll einfach dort liegen ließen, wo sie gesessen hätten, obwohl der nächste Müllcontainer nicht einmal 10 Meter entfernt sei. Auch an Bushaltestellen mit Abfallbehältern werde Müll einfach fallen gelassen. Die Diskussion des Umweltausschusses von JIP zu den Themen Bildung und Nachhaltigkeit sei der richtige Ansatz. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter wiesen auf das Umweltzentrum Karlshöhe hin.

Energie/Energieeffizienz

Der Abgeordnete der GRÜNEN äußerte sich erfreut darüber, dass die Jugendlichen beide Seiten gesehen hätten, nämlich eine nachhaltige und zukunftsfähige Energieversorgung und den effizienteren Einsatz von Energie. Es sei erforderlich, dass der Umweltausschuss vermehrt über das Thema der Hausdämmung diskutiere. Die SPD-Fraktion habe die Absicht, die Hausdämmung weniger zu forcieren, um einen starken Anstieg der Mieten zu vermeiden. Der Abgeordnete der GRÜNEN meinte, durch Förderprogramme und kluge Vertragsgestaltung sei es möglich, die Hausdämmung

voranzutreiben und bezahlbare Mieten zu behalten. Ziel müsse sein, die verschiedenen Interessen zu berücksichtigen.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE begrüßte, dass der Umweltausschuss von JIP die Fortsetzung des „1.000 Dächer“-Projektes fordere. Er habe eine interessante Mischung aus der Schaffung finanzieller Anreize und ordnungspolitischen Maßnahmen formuliert.

Information/Bildung

Die CDU-Abgeordneten führten aus, in früheren Beratungen sei festgestellt worden, dass die Information über ökologische Themen in den Schulen sehr unterschiedlich verankert sei. Die Forderung des Umweltausschusses von JIP sei richtig, dass die Umweltbildung in den Schulen verstetigt und vereinheitlicht werden müsse.

Der Abgeordnete der GRÜNEN meinte, die Umweltbildung sei wichtig. Ein vermehrtes Bewusstsein der Menschen führe zu einem anderen Verhalten. Die Politik könne nicht alles regeln. Darum sei Bildung, die früh ansetze, wichtig.

Der FDP-Abgeordnete fragte, wie die Jugendlichen in ihren Schulen an das Thema Umwelt herangeführt würden, das sehr viele Bereiche umfasse. Neben der Klimapolitik gebe es zahlreiche wichtige Aspekte, die häufig vernachlässigt würden. Der FDP-Abgeordnete bat die Jugendlichen um Anregungen, wie die Behandlung des Umweltthemas in den Schulen interessanter gestaltet werden könne.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE wies darauf hin, dass Menschen im Alter zwischen 25 und 35 Jahren am wenigsten verantwortlich mit ihrer Umwelt umgingen und ihren Abfall einfach fallen ließen, während Jugendliche dies in der Regel nicht täten. Schülerinnen und Schüler seien sehr dafür sensibilisiert, dass Umwelt und Klima ihre eigene Zukunft bestimmten und bedrohten. Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE erkundigte sich, inwieweit ökologische Themen in den Schulen der Jugendlichen eine Rolle spielten. Sie fragte, ob die Jugendlichen wirklich meinten, dass es richtig sei, die Umweltbildung in den Kitas und den Schulen zu intensivieren, oder ob es nicht sinnvoller sei, in die Stadt zu gehen und mit anderen Altersgruppen verstärkt in den Dialog zu treten.

Die SPD-Abgeordneten sagten, die Forderung nach Projekttagen an Schulen zur Umwelt sei bemerkenswert. Die Jugendlichen hätten weder größere Anstrengungen der Lehrkräfte noch eine bessere finanzielle Ausstattung gefordert. Vielmehr machten sie den Vorschlag, dass Schülerinnen und Schüler sich freiwillig in ihrer Freizeit darauf vorbereiteten, die Projekttag selbstständig durchzuführen. Dieser Vorschlag könne vorbehaltlos unterstützt werden. Die SPD-Abgeordneten sagten ihre Unterstützung zu.

Ein Jugendlicher berichtete, am Gymnasium Klosterschule fänden keine Projekte zum Thema Umweltschutz statt. Es werde im Unterricht aufgegriffen. Die Schule weise keine Einrichtungen auf, die zum Einsparen von Ressourcen beitragen. Eine Beteiligung an dem Projekt „fifty/fifty“ sei gescheitert. Ein anderer Jugendlicher erklärte, in dem Betrieb, in dem er beschäftigt sei, werde das Thema Umwelt sehr deutlich angesprochen. Auch während der Arbeit werde beständig auf die Notwendigkeit des Energieparens hingewiesen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter fanden es interessant, dass Umweltbildung nicht in allen Schulen stattfinde. Sie wiesen auf ein Internetportal zum Thema „Smart Meters“ hin. An drei Schulen in Hamburg seien intelligente Stromzähler installiert worden, an denen der Verlauf des Verbrauchs in der Schule abgelesen werden könne. Solche Anlagen sowie das Projekt „fifty/fifty“ könnten zur Sensibilisierung für ökologische Fragen beitragen. Auch Schülerinnen und Schüler könnten darauf achten, dass beispielsweise das Licht während der Pausen gelöscht werde. Die Betriebe achteten schon aus Kostengründen auf das Einsparen von Energie. Dies sei sinnvoll. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter fragten, ob die Jugendlichen sich die Umweltbildung an den Schulen eher theoretisch oder eher praktisch vorstellten.

Die CDU-Abgeordneten berichteten, in den vergangenen Jahren hätten sie die Jugendlichen stets befragt, welche Angebote es in ihren Schulen im Hinblick auf die Umweltbildung gebe. Dabei habe sich in jedem Jahr ein heterogenes Bild ergeben. Hamburg weise eine Vielzahl ausgezeichneter Umwelt- und Klimaschutzschulen auf.

Auch gebe es in einigen Schulen Energielotsen, die sich sehr für einen sparsamen Umgang mit Energie und die Information ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler einsetzen. Außerdem werde in vielen Betrieben diesem Aspekt große Bedeutung beigemessen. Das Projekt „fifty/fifty“ werde künftig auch auf die Kitas ausgeweitet. Die Forderungen des Umweltausschusses von JIP würden also schon teilweise erfüllt.

Die SPD-Abgeordneten äußerten sich erfreut darüber, dass der Schüler der Klosterschule seiner Schule das bewährte Programm „fifty/fifty“ näherbringen wolle. Es laufe seit vielen Jahren an zahlreichen Schulen sehr erfolgreich. Viele Schülerinnen und Schüler würden sensibilisiert. Dies sei auch auf anderen Gebieten angezeigt, beispielsweise beim Wegwerfen von Abfällen.

Die Jugendlichen erklärten, sie seien sich der Umweltfrage durchaus bewusst, fühlten sich aber nicht verantwortlich. Die Problematik müsse durch Aktionen, gerade in der Praxis, stärker in das Bewusstsein von Jugendlichen gerückt werden. Sie seien mit den Konsequenzen zu konfrontieren. Dies könne auch im Schulalltag geschehen, indem beispielsweise auf die Verwendung von Recyclingpapier geachtet werde.

Naturerhaltung und grüne Stadtplanung

Der Abgeordnete der GRÜNEN begrüßte, dass der Umweltausschuss von JIP drei Aspekte herausgearbeitet habe, nämlich die Forderung nach mehr Grün in der Stadt, die wesentlichen Verschmutzungsquellen und den Gesundheitsaspekt.

Der FDP-Abgeordnete wies darauf hin, dass nicht nur Bäume in den Grünanlagen Beachtung verdienten, sondern auch die anderen Lebewesen, die dort lebten. Die Menschen seien nur ein kleiner Teil der Lebewesen auf der Erde.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter legten dar, Jugendliche seien eine der Hauptzielgruppen für dieses öffentliche Angebot der Daseinsvorsorge. Insoweit sei es nicht verwunderlich, dass der Umweltausschuss von JIP auf Anzahl und Zustand der öffentlichen Grünanlagen hinweise. In den vergangenen Monaten habe es in der Bürgerschaft kontroverse Diskussionen darüber gegeben, ob der Senat genügend Mittel zur Unterhaltung und Entwicklung der öffentlichen Grünanlagen zur Verfügung stelle. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter vertraten die Auffassung, der Senat habe sich in den letzten Jahren im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel ziemlich stark für die Belange der Grünanlagen eingesetzt. In der 19. und 20. Wahlperiode habe es Schwankungen gegeben. Derzeit gebe es eine positive Entwicklung hinsichtlich der Unterhaltung. Im Jahr 2013 werde Hamburg mit der internationalen Gartenschau einen großen Sprung machen. Zwar werde der Besuch in diesem Jahr Eintritt kosten, aber auf Sicht bedeute der Park eine Verdoppelung der Flächen in Hamburg mit speziellen Angeboten für Kinder und Jugendliche im Bereich Sport und Erholung. Die Anlage sei durch die S-Bahn verkehrlich sehr gut angebunden.

Die SPD-Abgeordneten teilten mit, auch die Bürgerschaft arbeite am Thema Luftreinhaltung. In der nächsten Sitzung werde eine Drucksache zum Luftreinhalteplan erwartet. Diese werde eine Reihe von Maßnahmen enthalten, die zu einer Reduzierung der Luftschadstoffe in der Stadt beitragen könnten. Das vordringliche Problem stellten derzeit die Stickoxide dar. Etwa 40 Prozent der Belastung mit Stickoxiden in Hamburg werde im Hafen verursacht. Nur ein kleiner Teil davon gehe auf Kreuzfahrtschiffe zurück. Der Umweltausschuss befasse sich derzeit auch mit dem Thema Landstromversorgung. Er habe sich bisher über die technischen Möglichkeiten, die Alternativen sowie die Kosten informiert. Die SPD-Abgeordneten sagten, sie setzten sich dafür ein, dass möglichst bald eine Landstromversorgung in Altona und später auch in der Hafencity realisiert werde.

Die SPD-Abgeordneten berichteten, der Senat habe vor etwa zwei Jahren das Programm „Mein Baum – meine Stadt“ aufgelegt. Es werde durch die Stiftung Naturschutz Hamburg betreut. Inzwischen seien etwa 2.000 Bäume gepflanzt worden.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE kritisierte, mit der Bezirksverwaltungsreform seien die Naturschutzreferate der Bezirksämter zerschlagen worden. Die Naturschutzverbände in Hamburg kritisierten dies. Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE teilte die positive Einschätzung der Senatsvertreterinnen und -vertreter hinsichtlich der Grünanlagen nicht.

III. Ausschussempfehlung

Der Umweltausschuss empfiehlt dem federführenden Familien-, Kinder- und Jugendausschuss, der Bürgerschaft die Kenntnisnahme der Drs. 20/5461 zu empfehlen.

Jens Kerstan, Berichterstattung